

Wahlkämpfern auf den Zahn gefühlt

Über 300 Seiten umfassen die Wahlprogramme der neun Parteien – mit mehr oder weniger realistischen Forderungen. Anerkannte Experten nahmen einzelne Punkte unter die Lupe.

Von Miriam Sulaiman

Innsbruck – Knapp, kurz, eindeutig? Nein, das sind die Wahlprogramme keineswegs. Auch wenn sich so manche Partei bemüht, vor der Nationalratswahl ihre Linien darzulegen, so bleibt doch offen: Wie realistisch ist die Umsetzung des Niedergeschriebenen? Naturgemäß stellen die Wahlprogramme ja keine wis-

senschaftlichen Abhandlungen dar, in denen die Punkte breit argumentiert und die Ausführungen mit Quellen belegt werden.

Die Regierungsparteien SP und VP betonen in erster Linie in den Programmen, wie gut Österreich dastehe. Die SP hat sich dann 111 zukünftiger Projekte angenommen und verweist dabei auf die Einbindung der Bürger. „Zu-

kunftsweisend“ den weiteren Kurs erarbeitet die ÖVP. Während die FPÖ auf die Politik der „Nächstenliebe“ setzt und kurz und knapp ihre Forderungen dazu erläutert.

Das BZÖ beschreibt seine „rechtsliberalen Überzeugungen“ des Bündnisses und erläutert seine Schwerpunktsetzungen. Mit „konkreten inhaltlichen Vorstellungen“ wollen wiederum die Grünen

Österreich „erneuern“. Die KPÖ erläutert ihre Punkte so, um den Platz der „linken, sozialen Opposition“ zu besetzen. Ihre „Pläne für ein neues Österreich“ legen die Neos dar, während die Piraten von einem „Update“ des Systems sprechen. Das Team Stronach kritisiert in jedem Punkt erst Bestehendes, um seine Forderung darauf aufzubauen.

Die TT hat aus den Pro-

grammen pro Partei zwei Themen herangezogen, mit denen die Politiker verstärkt in den Medien waren und die von Experten bewertet werden konnten. Unter die Lupe genommen wurde so weit wie möglich Handgreifliches, auch wenn sich Zahlen, Daten und Fakten, wie sich Österreich verändern soll, nur selten in den Programmen finden. Überschneidungen

bei den Forderungen gibt es natürlich, keine Frage. Auf einen Ausgleich der Ressorts wurde geachtet. Was sich zudem gezeigt hat: Die Experten sind sich bei den Realisierungsmöglichkeiten nicht sicher, da man am Ende doch vielfach die Parteien bei der Umsetzungsmöglichkeit nicht wirklich festnageln kann – wohl zum Glück für die Politik.

Faktencheck

1 Mit einem zweiten verpflichtenden Gratis-Kindergartenjahr ab dem vierten Lebensjahr des Kindes wollen wir die individuelle frühe Förderung unserer Kinder sicherstellen und die Sprachkompetenz verbessern.			Kindergarten: Eine Studie des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen besagt, dass die positiven Effekte des verpflichtenden Kindergartenjahrs auf die Kinder so noch verstärkt werden könnten. Es gebe Belege dafür, dass die Förderung der Sprachkompetenzen zunehmen würde.
2 Im Zuge einer Wohnbauoffensive sollen in der nächsten Legislaturperiode zusätzlich 25.000 bis 50.000 neue Wohnungen durch den geförderten Wohnbau errichtet werden.			Wohnen: Der Obmann des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen, Karl Wurm, sieht dies als realistisch an. Gesamt würden sich die Kosten für das 2-Jahres-Programm aber auf 276 Mio. Euro Bundesmittel plus 460 Mio. Euro zusätzliche Förderungsmittel der Länder belaufen.
3 Programm für die Entfesselung der Wirtschaft, mit dem wir in den nächsten fünf Jahren 420.000 Arbeitsplätze und damit Chancen für alle schaffen wollen			Arbeitsplätze: Für den Wirtschaftsprofessor Gottfried Tappeiner kann die Vereinfachung der Bürokratisierung zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen. Wie stark dies sein wird, lässt sich für ihn aber nicht prognostizieren. Es gebe dafür keine tauglichen überprüfbaren Modelle.
4 Konsequentes Vorgehen gegen Drogenmissbrauch durch Haaranalysen			Haaranalysen: Die VP hat bereits eine Diskussion dazu geführt. Der Strafrechtler Klaus Schwaighofer sieht es kritisch: „Mit Haaranalysen erwischt man hauptsächlich solche Personen, die – womöglich schon vor längerer Zeit – Cannabis konsumiert haben.“
5 Verpflichtung von Lehrern zur Gratisnachhilfe			Schule: Seitens des Landesschulrats sieht Präsident Hans Lintner die Forderung als weltfremd. Es gebe in allen Schulformen die Möglichkeit des freiwilligen Förderunterrichts, der jedoch leider nur sehr wenig genutzt werde.
6 Volle Sozialleistungen nur für Staatsbürger			Sozialleistungen: Für den Europarechtler Walter Obwexer ist es eindeutig nicht haltbar, einem EU-Bürger soziale Leistungen zu verwehren. Man könne aber eine Auszahlung an die Dauer eines Hauptwohnsitzes binden, um Sozialtourismus zu verhindern.
7 Es darf keine Verjährung von strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung von Minderjährigen geben, wir wollen eine Mindeststrafe von zehn Jahren bei Missbrauch von Minderjährigen und die Schaffung einer Sexualstraftäterdatei.			Strafen für sexuellen Missbrauch: Für Schwaighofer ist diese Forderung absolut abzulehnen: „Die strafrechtlichen Verjährungsfristen bei Sexualdelikten an Minderjährigen sind ohnehin sehr lang. Wegen der hohen Strafdrohungen hat man hier Verjährungsfristen von 30 Jahren und noch länger.“ Das gebe große Probleme für das Beweisverfahren nach so langer Zeit, und genauso problematisch sei die Sanktionierung. Eine weitere Erhöhung der Strafdrohungen ist für ihn „geradezu absurd“. Die Strafdrohungen für manche Sexualdelikte seien sogar zu hoch. Eine Sexualstraftäterdatei gibt es ohnehin schon.
8 Wir stehen daher für ein Bonus-System bei der gesetzlichen Krankenversicherung: Wer aktiv etwas für seine Gesundheit tut, soll davon auch durch niedrigere Beiträge profitieren.			Krankenversicherung. Das ist für den Sozialexperten Bernd Marin grundsätzlich ein vernünftiger Ansatz, aber es erforderte einen derzeit nicht vorhandenen politischen Konsens und der Teufel stecke (noch mehr als anderswo) in den Details der Umsetzung. Daher sei es für ihn grundsätzlich wünschenswert, aber ohne konkretes Implementierungsprogramm unrealistisch.
9 Energieverbrauch innerhalb von 10 Jahren um 20 Prozent reduzieren.			Energie: Für Hubert Fechner (Institut für Erneuerbare Energie) ist die Einschätzung sogar im unteren Bereich des Möglichen. Dafür wäre aber ein radikales Umdenken erforderlich, auch legislative Maßnahmen.
10 Ein Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag bringt Einsparungen in der Höhe von 1,5 Milliarden Euro.			Eurofighter: Rechtsexperten haben sich angesichts „Befangenheit“ der Stimme enthalten. Die Grünen betonen ja, dass dies angesichts des Korruptionsmaterials möglich sei.
11 Freifahrt bei allen Öffis · Billigere Tickets für öffentliche Verkehrsmittel als Zwischenschritt zur Freifahrt bei allen Öffis.			Öffentlicher Verkehr: Wenn mehr Menschen auf Öffentliche Verkehrsmittel umsteigen sollen, sind die Verbesserungen und der Ausbau des Angebots für den Verkehrspolitischen Experten des VCÖ Markus Gansterer am wichtigsten – und dafür brauche es jeden Euro an Einnahmen. Aus den Ticketverkäufen spreche man hier von einer Milliarde Euro pro Jahr, die unverzichtbar seien.
12 Fahrscheinlose Öffis.			
13 Kein Cent mehr aus öffentlichen Geldern für Banken.			Banken: Bestrebungen, welche darauf abzielen, Kostenträger und Nutznießer von Risiken in Übereinstimmung zu bringen und damit Anreize zu setzen, risikobewusst zu handeln, sind für Volkswirtin Hannelore Weck-Hannemann zu begrüßen. Öffentliche Gelder für Banken seien aber insofern dann gerechtfertigt, wenn öffentliche Aufgaben übernommen werden.
14 Bundesrat zugunsten eines Einkammerparlaments abschaffen.			Bundesrat: Eine Abschaffung des Bundesrats wäre eine Gesamtänderung der Bundesverfassung, die eine obligatorische Volksabstimmung erfordern würde – erklärt die Rechtswissenschaftlerin Gamper.
15 Kosten im Gesundheitswesen senken, ohne die Leistung zu mindern. Österreich hat um 50 % mehr Spitalsbetten als der EU-Schnitt. Ausgaben an den Schnitt von 9,2 % des BIP (gegenüber It. Rechnungshof 10,5 %) senken. Einsparungspotenzial 1,5 Mrd. EUR pro Jahr.			Gesundheitsreform: Der Sozialwissenschaftler und Gesundheitsexperte Bernd Marin macht hier kurzen Prozess: „Grundsätzlich ist es machbar, erforderte aber viel entschiedeneren Reformwillen, der (noch?) nicht da ist.“ Daher sei es für ihn „sehr erstrebenswert, aber derzeit leider weniger realistisch“.
16 Schluss mit Föderalismus-Wirrwarr. Niemand braucht 9 verschiedene Bauordnungen.			Föderalismus: Dazu wäre eine Gesamtänderung der Bundesverfassung notwendig, erläutert Anna Gamper, Professorin am Institut für öffentliches Recht. Beträfe es nur die Abschaffung der Kompetenz der Länder, Bauordnungen zu erlassen, wäre das keine Gesamtänderung, aber es wäre jedenfalls eine „einfache“ Verfassungsänderung nötig.
17 Es dürfen keine weiteren Schulden gemacht werden. Die bestehenden Schulden müssen abgebaut werden, um unseren Kindern unzählige Milliarden an Zinszahlungen zu ersparen.			Budget: Für die Weck-Hannemann ist eine Schuldenbremse grundsätzlich zu begrüßen und auch realisierbar. Allerdings müsse diese sinnvoll konzipiert sein, d.h. unter anderem, dass sie möglichst in den Verfassungsregeln abgesichert und damit verbindlich sein soll, eine mittelfristige Perspektive einbezogen und zudem zwischen öffentlichen Investitionen und reinen Konsumausgaben unterschieden wird.
18 Die Verwaltung muss vereinfacht und auf zivilisierte Art abgebaut werden.			Verwaltung: Allgemein stuft Weck-Hannemann eine bürgerfreundliche, verständliche, serviceorientierte Verwaltung als wünschenswert ein. Dazu gehöre in vielen Bereichen auch, dass ein Abbau und eine Vereinfachung der Verwaltung möglich sein sollte.